

Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

Informationspflichten für Beschäftigte der Lebenshilfe Lüneburg- Harburg gemeinnützige GmbH

Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gemeinnützige GmbH

Vrestorfer Weg 1

21339 Lüneburg

Deutschland

Telefon: (04131) 30180

E-Mail: info@lhlh.org

Inhaltsverzeichnis

1. Verantwortlichkeiten	3
1.1 Verantwortlichkeiten	3
1.2 Zuständigkeiten	3
1.3 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	3
2. Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten	4
2.1 Beschreibung	4
2.2 Zweck der Datenverarbeitung	4
2.3 Rechtsgrundlage	6
2.4 Berechtigte Interessen	6
2.5 Speicherdauer	7
2.6 Erfordernis und Folgen der Nichtbereitstellung	7
2.7 Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling	8
2.8 Datenempfänger	8
2.8.1 Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde	8
2.8.2 Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation	9
2.8.3 Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission	9
2.8.4 Garantien und Erhalt der Garantien	9
3 Rechte der Betroffenen	11
3.1 Recht auf Widerruf	11
3.2 Recht auf Auskunft	11
3.3 Recht auf Berichtigung	11
3.4 Recht auf Löschung	11
3.5 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	12
3.6 Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung	12
3.7 Recht auf Datenübertragbarkeit	13
3.8 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde	13

1. Verantwortlichkeiten

1.1 Verantwortlichkeiten

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:

Lebenshilfe Lüneburg-Harburg gemeinnützige GmbH

Vrestorfer Weg 1

21339 Lüneburg

Deutschland

Telefon: (04131) 30180

E-Mail: info@lhlh.org

1.2 Zuständigkeiten

Personalabteilung

1.3 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Wirtschaftskontor Weinert

WKW Beratungsgesellschaft mbH

Beim Wendentor 1

18055 Rostock

Tel: 0381-817082-298

2. Information über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten

2.1 Beschreibung

Personenbezogenen Daten von Mitarbeitern werden grundsätzlich direkt bei den Mitarbeitern im Rahmen des Einstellungsprozess oder während des Beschäftigungsverhältnisses erhoben. In bestimmten Konstellationen werden personenbezogenen Daten aufgrund gesetzlicher Vorschriften auch bei anderen Stellen erhoben. Dazu gehören anlassbezogene Abfragen von steuerrelevanten Informationen beim zuständigen Finanzamt sowie Informationen über Arbeitsunfähigkeitszeiten bei der jeweiligen Krankenkasse

Im Rahmen unserer Datenschutzmaßnahmen möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in unserem Unternehmen informieren. Diese Informationspflichten dienen der Transparenz und Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG).

2.2 Zweck der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten Ihre persönlichen Daten, soweit dies erforderlich ist, zu folgendem Zweck / zu folgenden Zwecken:

- Wir erheben und verarbeiten personenbezogene Daten grundsätzlich nur für die Zwecke, für die wir sie erhoben oder erhalten haben. Wir erheben und verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses (Art. 88 DSGVO/ § 26 BDSG), zur Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten Ihnen gegenüber (Art. 6 Abs.1 lit. b DSGVO). Dazu zählen unter anderem die Personalverwaltung inklusive der Lohn- und Gehaltsabrechnung, die Organisation der Betriebsabläufe sowie die interne und externe Kommunikation. Zudem verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen betriebsärztlicher Untersuchungen, um Ihre gesundheitliche Eignung für bestimmte Tätigkeiten sicherzustellen. Diese Untersuchungen dienen der Erfüllung arbeitsmedizinischer Vorsorgepflichten und dem Schutz Ihrer Gesundheit am Arbeitsplatz.

Ihre personenbezogenen Daten werden zudem in unserer Personalsoftware verarbeitet, um administrative und organisatorische Aufgaben im Personalmanagement zu erfüllen. Dazu gehören die Verwaltung von Personalakten, Gehaltsabrechnungen, Urlaubs- und Abwesenheitsmanagement sowie die Personalentwicklung.

- **Anstellungsverhältniss von Schulassistentinnen**

Im Rahmen des Anstellungsverhältnisses von Schulassistentinnen werden zusätzlich zu den oben genannten Daten folgende personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet: Qualifikations- und Weiterbildungsdaten, Leistungs- und Bewertungsdaten, Gesundheits- und Arbeitsschutzdaten. Diese Daten

sind notwendig, um die administrativen und rechtlichen Anforderungen des Arbeitsverhältnisses zu erfüllen und die Schulassistentinnen bestmöglich zu unterstützen.

▪ **Datenverarbeitung für Zwecke der Verwaltung und Sicherheit des Systems**

Aufgrund der geltenden gesetzlichen Datensicherheitsbestimmungen werden eine Reihe Ihrer Daten für die Verwaltung und Sicherheit des Systems verarbeitet, wie etwa zur Verwaltung von Benutzerkennzeichen/Benutzerkonten, die Zuteilung von Hard- und Software an die Systembenutzer*innen sowie für die Sicherheit des Systems. Dies schließt automationsunterstützt erstellte und archivierte Textdokumente (wie z. B. Korrespondenz) in diesen Angelegenheiten mit ein. Ohne diese Datenverarbeitung ist ein sicherer Betrieb des Systems und damit eine Beschäftigung in unserer Verwaltung/unserem Unternehmen nicht möglich.

Veröffentlichung beruflicher Kontaktdaten auf der Firmen-Website

Zur Kontaktaufnahme z. B. durch Kunden und Lieferanten werden berufliche Kontaktdaten von Mitarbeiter*innen mit Außenkontakt im Internet veröffentlicht. Dies erfolgt aus unserem berechtigten Interesse an einem reibungslosen Geschäftsablauf.

Wenn Sie das aus berücksichtigungswürdigen Gründen nicht möchten, können Sie gegen die Veröffentlichung Widerspruch einlegen^[1].

Veröffentlichung beruflicher Kontaktdaten in der internen Telefon- und E-Mail-Liste

Zur Kontaktaufnahme durch Kolleg*innen werden berufliche Kontaktdaten in internen Telefon- und E-Mail-Listen veröffentlicht. Dies erfolgt aus unserem berechtigten Interesse an einem reibungslosen Geschäftsablauf.

Wenn Sie dieses aus berücksichtigungswürdigen Gründen nicht möchten, können Sie gegen die Veröffentlichung Widerspruch erheben.

Datenverarbeitung im Falle von Arbeitsrechtsstreitigkeiten

Kommt es im bestehenden Arbeitsverhältnis oder nach dessen Beendigung zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung, werden die für die zweckentsprechende Rechtsverfolgung notwendigen Daten an Rechtsvertreter*innen und Gerichte übermittelt.

Weitere Verarbeitungszwecke

Hierzu gehören insbesondere:

- die Personalverwaltung,

- die Personalplanung und Personalentwicklung,
- das Gesundheitsmanagement und,
- die Schulungen in SAM.

[1] **Anmerkung:** Bei Beschäftigten, die typischerweise Außenkontakt haben, kann die Veröffentlichung von Kontaktdaten zur Erfüllung der arbeitsvertraglichen Pflichten im Einzelfall sogar notwendig sein, wodurch die Widerrufbarkeit entfällt. In diesen Fällen wird empfohlen, einen entsprechenden Hinweis hierauf unter der Überschrift „Allgemeine Datenverarbeitung im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses“ aufzunehmen.

2.3 Rechtsgrundlage

Die im Zusammenhang mit dem Zweck/den Zwecken der Verarbeitung stehende/n Rechtsgrundlage/n für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist / sind:

- **Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO** für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Einwilligung)
- **Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO** zur Erfüllung eines Vertrags oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen
- **Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO** zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen
- **Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO** - Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Berechtigtes Interesse)
- **§ 26 BDSG (neu)** – Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses
- **Art. 88 DSGVO** – Datenverarbeitung im Beschäftigungskontext

2.4 Berechtigte Interessen

Die Angabe der „berechtigten Interessen“ des Verantwortlichen oder des Dritten, die mit der Verarbeitung personenbezogener Daten verfolgt werden sollen, bezieht sich auf Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO.

- Die Verarbeitung der von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung vertraglicher Pflichten, die sich aus dem mit uns geschlossenen Vertrag ergeben, notwendig. Aufgrund Ihrer Mitwirkungspflichten ist es unumgänglich die von uns angeforderten personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen, da wir ansonsten nicht in der Lage sind, unseren vertraglichen Pflichten nachzukommen.

2.5 Speicherdauer

Die Speicherdauer enthält die Information darüber, wie lange wir die Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten vornehmen bzw. wann diese gelöscht werden.

- Wir verarbeiten Ihre Daten nur solange diese für den jeweiligen Zweck erforderlich sind. Die Aufbewahrungsdauer richtet sich nach verschiedenen Rechtsgrundlagen, die unterschiedliche Aufbewahrungsfristen vorsehen. So sind u.a. aus Gründen der Beweissicherung in Haftungsfällen, der Sicherung und Abrechnung unserer Ansprüche sowie der Vorgaben der ordnungsgemäßen Buchführung unterschiedliche Fristen maßgebend. Die Fristen zur Aufbewahrung und Dokumentation, welche sich aus dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der Abgabenordnung (AO) ergeben, betragen zwei bis zehn Jahren. Des Weiteren richtet sich die Speicherdauer nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die z.B. nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können.

Die Daten werden zudem für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gemäß Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) und Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) gespeichert, mithin zehn Jahre nach Abschluss der Untersuchung.

In der Personalsoftware werden die Daten für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses und darüber hinaus für die gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen gespeichert. Diese Fristen betragen zehn Jahre nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses gemäß den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Abgabenordnung (AO).

Im Hinblick auf die digitale Zeiterfassung der Arbeitszeiten werden die Daten solange gespeichert, wie es für die Abrechnung und Dokumentation notwendig ist, unter Berücksichtigung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen, mithin zwei Jahre nach der Erfassung, sofern keine längeren gesetzlichen Aufbewahrungsfristen bestehen.

2.6 Erfordernis und Folgen der Nichtbereitstellung

Die Bereitstellung von personenbezogenen Daten durch betroffene Personen kann gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich sein. Ebenso kann eine Verpflichtung bestehen, die personenbezogenen Daten bereitzustellen.

- Die Bereitstellung Ihrer Daten sind für alle Maßnahmen notwendig.

Sofern die personenbezogenen Daten nicht bereit gestellt werden, könnte diese Nichtbereitstellung die folgenden Konsequenzen nach sich ziehen:

- Eine Verarbeitung Ihrer Daten zu oben genannten Zwecken ist nur möglich, falls Sie die personenbezogenen Daten bereitstellen.

2.7 Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Die betroffene Person hat das Recht, nicht einer ausschließlich auf einer automatisierten Verarbeitung – einschließlich Profiling – beruhenden Entscheidung unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkung entfaltet oder sie in ähnlicher Weise erheblich beeinträchtigt.

- Als verantwortungsbewusstes Unternehmen verzichten wir bei der Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten auf eine automatische Entscheidungsfindung oder ein Profiling.

2.8 Datenempfänger

2.8.1 Empfänger der personenbezogenen Daten außerhalb des Unternehmens / der Behörde

Der Begriff des „Empfängers“ wird in Art. 4 Nr. 9 DSGVO definiert als "eine natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, der personenbezogenen Daten offengelegt werden, unabhängig davon, ob es sich bei ihr um einen Dritten handelt oder nicht".

- Eine Weitergabe der personenbezogenen Daten an Dritte findet grundsätzlich nur statt, wenn dies für die Durchführung des Vertrages erforderlich ist, die Weitergabe auf Basis einer Interessenabwägung zulässig ist, wir rechtlich zu der Weitergabe verpflichtet sind oder Sie insoweit eine Einwilligung erteilt haben. Eine Übermittlung der im jeweiligen Einzelfall relevanten Daten erfolgt auf Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen (§ 26 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 BDSG i. V. m. Art. 88 Abs. 1 DSGVO) bzw. vertraglicher Vereinbarung insbesondere an folgende Stellen:

- Entgeltabrechnung, Lohnbuchhaltung
- Sozialversicherungsträger (einschließlich Betriebskrankenkassen)
- gesetzliche Interessenvertretungen
- Betriebsärzte und arbeitsmedizinische Dienste
- Bildungs- und Weiterbildungsanbieter*innen,
- Wahlvorstand für Personalrats- oder Betriebsratswahlen,
- Organe der Interessenvertretung, insbesondere Personal- oder Betriebsrat, Sicherheitsbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung,
- mit der Auszahlung an die betroffene Person oder an Dritte befasste Banken und Sparkassen,
- vom Arbeitnehmer angegebene Gewerkschaft, mit Einwilligung der betroffenen Person,
- Pensionskassen,

- Versicherungsunternehmen im Rahmen einer bestehenden Gruppen- oder Einzelversicherung
- Wirtschaftsprüfer, Ämter und Behörden wie Rentenversicherungsträger, Sozialversicherungsträger oder Finanzbehörden und Annahmestellen der Krankenkassen
- Softwareanbieter und IT-Dienstleister
- Externe Berater und Dienstleister, z.B. zur Unterstützung bei der Durchführung von BEM-Maßnahmen und sonstigen personalbezogenen Dienstleistungen.

Im Rahmen des Anstellungsverhältnisses von Schulassistentinnen werden personenbezogene Daten zusätzlich an Schulungseinrichtungen und an die Kunden/Klienten weitergegeben. Diese Datenübermittlungen sind notwendig, um die gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen und die Schulassistentinnen bestmöglich zu unterstützen.

2.8.2 Absicht der Übermittlung an ein Drittland oder internationale Organisation

Die Übermittlung personenbezogener Daten an eine „internationale Organisation“ (vgl. Begriffsbestimmung Art. 4 Nr. 26 DSGVO) oder an Verantwortliche, Auftragsverarbeiter oder sonstige Empfänger in einem Land außerhalb der Europäischen Union (EU) und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) birgt aus Sicht der betroffenen Person besondere Datenschutzrisiken.

- Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt.

2.8.3 Angemessenheitsbeschluss der EU Kommission

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation darf vorgenommen werden, wenn die Kommission beschlossen hat, dass das betreffende Drittland, ein Gebiet oder ein oder mehrere spezifische Sektoren in diesem Drittland oder die betreffende internationale Organisation ein angemessenes Schutzniveau bietet.

- Wir übermitteln Ihre personenbezogenen Daten nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation ohne angemessenes Datenschutzniveau.

2.8.4 Garantien und Erhalt der Garantien

Eine Übermittlung personenbezogener Daten an eine internationale Organisation darf vorgenommen werden, wenn hinreichend Garantien vorliegen, dass die betreffende internationale Organisation ein angemessenes Schutzniveau bietet.

- Personenbezogene Daten werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation ohne hinreichende Garantien für ein angemessenes Datenschutzniveau übermittelt.

3 Rechte der Betroffenen

3.1 Recht auf Widerruf

Die betroffene Person hat das Recht, eine Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit zu widerrufen.

- Wenn Sie in eine Verarbeitung personenbezogener Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

3.2 Recht auf Auskunft

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten.

- Sie haben das Recht auf Auskunft über die von uns zu Ihrer Person verarbeiteten personenbezogenen Daten. Bei einer Auskunftsanfrage, die nicht schriftlich erfolgt, bitten wir um Verständnis dafür, dass wir dann ggf. Nachweise von Ihnen verlangen, die belegen, dass Sie die Person sind, für die Sie sich ausgeben.

3.3 Recht auf Berichtigung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen.

- Ferner haben Sie ein Recht auf Berichtigung, das heißt Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.

3.4 Recht auf Löschung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen.

- Sie haben das Recht, von uns zu verlangen, dass Ihre Daten unverzüglich gelöscht werden. Wir sind verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- Zwecke, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, entfallen.
- Sie widerrufen Ihre Einwilligung der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- Sie widersprechen der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.

3.5 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

- Sie haben das Recht die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:
 - a. Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von Ihnen angezweifelt.
 - b. Die Verarbeitung ist unrechtmäßig; Sie lehnen eine Löschung jedoch ab.
 - c. Personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt; Sie benötigen die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
 - d. Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt.

Solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen Ihnen gegenüber überwiegen, wird die Verarbeitung eingeschränkt.

3.6 Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f erfolgt, Widerspruch einzulegen.

- Insbesondere haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer Daten im Zusammenhang mit einer Direktwerbung, wenn diese auf Basis einer Interessenabwägung erfolgt. Hierzu wenden Sie sich bitte an den Verantwortlichen der Verarbeitung.

3.7 Recht auf Datenübertragbarkeit

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln.

- Sie haben das Recht die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von dem Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an einen anderen Verantwortlichen darf von uns nicht behindert werden.

3.8 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Die betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. An folgende Aufsichtsbehörde/n kann eine solche Beschwerde gerichtet werden:

- Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen

Prinzenstraße 5

30159 Hannover

Telefon: 05 11/120-45 00

Telefax: 05 11/120-45 99

E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de